

Antrag

der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN

Bekämpfung der Hungersnot in Eritrea und Tigray

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zur Bekämpfung der Hungersnot in Äthiopien umgehend jeweils 10 000 t Getreide und 10 Lkw an die humanitären Hilfsorganisationen ERA (Eritrean Relief Association) und REST (Relief Society of Tigray) zu liefern. Das Getreide soll im Sudan eingekauft werden.

Bonn, den 17. Mai 1988

**Frau Eid,
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion**

Begründung

Der größte Teil der von Hunger betroffenen Bevölkerung in Eritrea und Tigray kann über die äthiopische Regierung nicht mehr erreicht werden. Jeweils mehr als 80 % der Gebiete sind aufgrund der militärischen Lage von Äthiopien aus nicht zugänglich.

Die einzige Möglichkeit, die dort lebende Zivilbevölkerung vor einer Hungerkatastrophe riesigen Ausmaßes zu bewahren, besteht in der Lieferung von Nahrungsmitteln über die dort tätigen humanitären Hilfsorganisationen ERA und REST. Beide Organisationen sind international von namhaften NGO's als zuverlässig und vertrauenswürdig anerkannt.

ERA ist in der Lage, in Eritrea ca. 1 Million Menschen zu erreichen. Dafür werden im Jahr 1988 mehr als 200 000 t Getreide benötigt. Erst ein Drittel des Bedarfs ist seither eingetroffen oder zugesagt. In Tigray werden für die nächsten sechs Monate (Juni bis November) für 1,5 Millionen Menschen dringend 94 560 t Nahrungsmittel benötigt.

Der Deutsche Bundestag beschloß im Dezember 1987 einstimmig und auf Antrag aller Fraktionen einen Antrag zur Ernährungssituation in Äthiopien. Dort heißt es unter Punkt II.2: „Im Mittelpunkt der Hilfe steht der notleidende Mensch. Sie erfolgt daher

ohne Ansehen der Person oder der politischen Systeme. Und unter Punkt II.6: Um sicherzustellen, daß die Nahrungsmittelhilfe die besonders betroffene Bevölkerung Eritreas und Tigrays auch tatsächlich erreicht, ist sie auch über in diesen Gebieten tätige Hilfsorganisationen zu organisieren.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, diese gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages in die Tat umzusetzen.

Dies ist auch durch die neuen Entwicklungen in Eritrea und Tigray um so wichtiger, da die äthiopische Regierung einen Großteil des Personals der internationalen Hilfsorganisationen aus diesen Gebieten ausgewiesen hat und das äthiopische Rote Kreuz aus dem internationalen Roten Kreuz ausgetreten ist.

Um eine Tragödie zu verhindern, ist schnelles Handeln geboten."